Deutscher Bundestag 11. Wahlperiode

15. 03. 88

Sachgebiet 7831

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Garbe und der Fraktion DIE GRÜNEN

Sicherheitsprobleme bei konventioneller und gentechnischer MKS-Impfstoffherstellung und Probleme der jährlichen MKS-Flächenimpfung

Seit Aufnahme der Herstellung von Impfstoffen gegen Maul- und Klauenseuche (MKS) ist es in Großburgwedel (Niedersachsen) im Umfeld eines Herstellerwerks für Tierarzneimittel zu vier Seuchenausbrüchen von MKS gekommen. Die letzten Ausbrüche waren im Oktober 1987 und Januar 1988 zu verzeichnen. Obwohl das Impfstoffwerk angeblich höchsten Sicherheitsanforderungen genügt und behördlicherseits ständig auf Einhaltung der Sicherheitsauflagen überprüft wird, geht die Niedersächsische Landesregierung davon aus, daß das Virus nicht eingeschleppt wurde, sondern die Ausbrüche auf Mängel bei der Impfstoffherstellung zurückzuführen sind (Drucksache 11/1874 des Niedersächsischen Landtages).

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, daß Länder, die die Rinder nicht gegen MKS impfen, sondern sich allein auf strenge Überwachungsmaßnahmen verlassen, seit Jahren seuchenfrei sind (z.B. USA, Skandinavien, Großbritannien) bzw. die wenigen Ausbrüche, die es dort gibt (Dänemark 1982), oft aus impfenden Ländern eingeschleppt werden?
- 2. Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, daß die MKS-Impfung in der Bundesrepublik Deutschland gegen die MKS-Einschleppungsgefahr aus Südamerika, Nordafrika und Osteuropa keinen Schutz bietet? Ist es zutreffend, daß die wenigen in den letzten Jahren aufgetretenen Einschleppungsfälle aus diesen Regionen bei Schweinen auftraten, die aus wirtschaftlichen Gründen sowieso keinem Impfschutz unterzogen werden?
- 3. Wie viele MKS-Ausbrüche waren nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1970 zu verzeichnen, und welcher Prozentsatz der Ausbrüche war dabei auf Mängel am Impfstoff oder in der Impfstoffherstellung zurückzuführen?
- 4. Inwiefern rechtfertigt nach Ansicht der Bundesregierung der ökonomische Nutzen der MKS-Impfung die jährlichen Kosten

von 40 Mio. DM für den Impfschutz? Wie hoch ist der jährliche Schaden durch MKS-Ausbrüche in den 13 europäischen Ländern ohne Flächenimpfung? Ist es zutreffend, daß die meisten dieser Länder ohne Impfpflicht schon seit mehr als zehn Jahren MKS-frei sind?

- 5. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die MKS-Ausbrüche in der Bundesrepublik Deutschland durch die Impfpflicht hausgemacht sind, und gibt es Überlegungen und Bestrebungen der Bundesregierung, die Impfpflicht gegen MKS aufzuheben? Wenn ja, wann ist damit zu rechnen, wenn nein, warum nicht?
- 6. Welche Firmen und Institute beschäftigen oder beschäftigten sich in der Bundesrepublik Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung mit der gentechnischen Herstellung und Entwicklung von MKS-Impfstoffen? Welche Fördermittel wurden hierfür von der Bundesregierung bereitgestellt? Welche Zielsetzungen verfolgte die Bundesregierung mit der Förderung dieser Projekte, und welche Ergebnisse zeitigten sie?
- 7. Werden und wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei der gentechnischen Entwicklung und bei der Herstellung gentechnisch modifizierter MKS-Impfstoffe bzw. anderer Impfstoffe strengere Sicherheitsauflagen eingehalten und erteilt als in einem Herstellerwerk für Tierarzneimittel in Großburgwedel? Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß es bei der Entwicklung und Herstellung gentechnisch manipulierter MKS- und anderer Impfstoffe zu keinen ungewollten Freisetzungen von Erregern kommt, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Krankheitsausbrüchen in Großburgwedel?
- 8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es offensichtlich in Produktionsanlagen, wo mit hochpathogenem Material und Erregern umgegangen wird, trotz höchster Sicherheitstechnik ein verbleibendes Restrisiko der Verschleppung von infektiösem Material gibt?
- 9. Welche Positionen zur MKS-Bekämpfungsstrategie vertreten die Beauftragten der Bundesregierung in den europäischen Gremien der FAO in Rom und dem Office International des Epizootiques (OIE) in Paris, und wie werden diese Positionen begründet?

Bonn, den 15. März 1988

Frau Garbe

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion